



AWO Ansicht 4-2011



WERTE

»Vergesst hinter Euren großen Aufgaben niemals den einzelnen Menschen!«

Lotte Lemke, langjährige Geschäftsführerin, Bundesvorsitzende, danach Ehrenvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt.

AWO Ansicht 4-2019



ENGAGEMENT

»Soziales Engagement bei konsequenter politischer Haltung ist in Zeiten zunehmender Menschenfeindlichkeit so nötig wie in der Gründerzeit der AWO. Damit Humanität, Gerechtigkeit, Solidarität nicht zu Schlagworten verkommen, muss es die AWO deshalb auch künftig geben.«

Professor Wolfgang Benz war bis 2011 Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin.

»Das Anliegen von Wohlfahrtsverbänden ist eines, von dem auch die Menschen etwas haben, die nicht unmittelbar profitieren. Die AWO arbeitet auch im Interesse von bürgerlichen Mittelschichten und wohlhabenden Leuten. Das ist ganz wichtig. Ihre Klientel ist das Ganze. Das muss man gerade den Menschen, denen es besser geht, immer wieder deutlich sagen.«

Dr. jur. Christoph Möllers ist Professor und Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Verfassungsrecht, und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

DEMOKRATIE UND TEILHABE



AWO Ansicht 1-2020

Ansicht

4:20

Gegenwart und Zukunft der AWO. Führungswechsel beim Bundesverband: Wolfgang Stadler und Prof. Dr. Jens M. Schubert im Interview über die Herausforderungen für ein zeitgemäßes Verständnis von Solidarität und Teilhabe.



Liebe Leserin, lieber Leser,

die vierte Ausgabe des zehnten Jahrgangs der AWO Ansicht ist zugleich die letzte mit Wolfgang Stadler als Herausgeber für den AWO Bundesverband und Redaktionsmitglied. Ohne das Engagement von Wolfgang Stadler gäbe es dieses Magazin in der vorliegenden Form nicht. Er hat diese Publikation und deren Umsetzung seinerzeit maßgeblich vorangetrieben. Ursprüngliche Idee war es, vier Mal im Jahr ein sozial- und gesellschaftspolitisches Thema auszuleuchten. »Dabei werden wir«, so Wolfgang Stadler im Editorial des ersten Heftes, »fundiert analysieren und meinungsstark kommentieren.« Beim Blick in die Hefte wird klar: Dieser Anspruch wurde zu den verschiedensten Themen eingelöst. Attraktiv ist die AWO Ansicht auch deshalb, weil es der Redaktion und den Grafikerinnen immer wieder gelingt, die jeweiligen Themen zeitgemäß aufzubereiten. Das Magazin ist so zu einem wesentlichen Baustein in der Kommunikation des AWO Bundesverbandes geworden.

Das vorliegende Heft ist etwas anders als sonst. Es gibt eine »Außenansicht« von Axel Honneth, die bereits in Heft 4-2011 erschien, aber immer noch treffende Ausführungen zum Thema Solidarität, einem zentralen Grundwert der AWO, enthält. Im Mittelpunkt steht zudem ein ausführliches Interview mit Wolfgang Stadler und seinem Nachfolger als Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. Jens M. Schubert zur Gegenwart und Zukunft der Arbeiterwohlfahrt. Jens M. Schubert wird mit Heft 1-2021 Herausgeber für den AWO Bundesverband und Redaktionsmitglied der AWO Ansicht – und wir sind sicher, dass er diese Aufgabe genauso engagiert angehen wird wie Wolfgang Stadler. Im Namen der AWO und der Redaktion möchten wir uns an dieser Stelle ganz herzlich bei Wolfgang Stadler bedanken und Jens M. Schubert ebenso herzlich willkommen heißen.

Brigitte Döcker
Mitglied des Vorstands

Wilhelm Schmidt,
Vorsitzender des Präsidiums

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Berit Gründler ·
Peter KuleBa v.i.s.d.P. · Wolfgang Stadler

Konzept und Gestaltung

Stephanie Roderer,
www.stephanie-roderer.de

Fotografie

S. Titel AdsD / FES, AWO Bundesverband
S. 3, 10, 11, 13-19, 20-21 AWO Bundesverband · S. 4 BAGFW · S. 4-5 BMU/photothek/Thomas Trutschel · S. 6 6/FOTA105963 AdsD/FES · S. 7 AWO International ·
S. 8 privat, Marie Speckmann, AWO IV
Thüringen · S. 22 Universität Frankfurt/M.

Anzeigen

TAG Agentur & Verlag
Tel 06431/2121241 · Fax 06431/2121244
Agentur@Tag-Verlag.de · www.Tag-Verlag.de

Druck

deVega Medien GmbH, Augsburg.
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit - GFA-COC-002292-MN



WOHLFAHRTSVERBÄNDE

Deutscher Sozialpreis 2020 verliehen

Ende Oktober 2020 wurde der Deutsche Sozialpreis 2020 in Berlin vergeben. Die Preisverleihung wurde entsprechend den aktuellen Hygiene-Regeln durchgeführt. Coronabedingt war auch kein Publikum anwesend. Die Veranstaltung wurde online übertragen. Gastrednerin war Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) verleiht seit 1971 jährlich den Deutschen Sozialpreis für herausragende Arbeiten zu sozialen Themen. Ausgezeichnet werden Beiträge, die sich mit den besonderen Situationen oder Problemen Not leidender und sozial benachteiligter Menschen in Deutschland auseinandersetzen.

Die Preisträger*innen 2020:

Mareike Nieberding in der Sparte Print für das SZ-Magazin, Joachim Palutzki in der Sparte Hörfunk für den Deutschlandfunk, Marie Löwenstein und Julian Amershi in der Sparte Fernsehen für den NDR, Pia Rauschenberger in der Sparte Online mit einer Podcast-Serie für den Deutschlandfunk, Jan Niklas Lorenzen und Markus Stein in der Sparte Sonderpreis »30 Jahre Deutsche Einheit« für den MDR.

➔ Berit Gründer • Jurymitglied für die AWO • 030/263090



»Es ist nicht hinnehmbar, dass unsere Jugend im Europa des 21. Jahrhunderts um die Erfüllung elementarer Bedürfnisse kämpfen muss.«

Prof. Dr. Jens M. Schubert,
AWO-Bundesgeschäftsführer



Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen

Laufzeit: 2020–2023, Volumen: 150 Millionen Euro
Förderschwerpunkte: strategische Beratungsleistungen, Erstellung umfassender Klimaanpassungskonzepte, investive Maßnahmen, Informationskampagnen, Bildungsangebote

➔ Weiterführende Informationen: www.z-u-g.org/aufgaben/klimaanpassung-in-sozialen-einrichtungen/

Sozial & Mobil

Laufzeit: 2020–2022, Volumen: 200 Millionen Euro
Förderschwerpunkte: Beschaffung rein batterieelektrischer Neufahrzeuge sowie Aufbau von Ladeinfrastruktur

➔ Weiterführende Informationen: www.erneuerbar-mobil.de/foerderprogramme/sozial&mobil

SOVD UND AWO

Europa gegen Armut

Auf der digitalen Veranstaltung »Europäische Strategien zur Armutsbekämpfung – Perspektiven für ein Europa von morgen« stellten der Sozialverband Deutschland (SoVD) und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gesamteuropäische Lösungen für drängende soziale Fragen vor. Im Beisein von EU-Kommissar Nicolas Schmit und Bundessozialminister Hubertus Heil wurden neun Maßnahmen für ein soziales und solidarisches Europa präsentiert. Deutschland hat bis Ende 2020 die EU-Ratspräsidentschaft inne. Der Stärkung der sozialen Dimension und insbesondere der Armutsbekämpfung müsse dabei eine weitaus höhere Priorität eingeräumt werden, betonen SoVD und AWO. Denn: Bereits vor der Corona-Krise seien in der EU mehr als 109 Millionen Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht gewesen.

➔ Die Erklärung »Gemeinsam für ein Europa ohne Armut« ist unter www.awo.org abzurufen.

➔ Marius Isenberg • marius.isenberg@awo.org



ist seit März 2018 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Von 2017 bis 2018 war sie Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Nordrhein-Westfalen und von 2010 bis 2017 Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung in NRW.

Die Klimakrise ist ein Problem, das die Menschheit noch lange beschäftigen wird. Die Förderprogramme sind zeitlich befristet. Wie können langfristige Strukturen etabliert werden?

SCHULZE Der Umstieg auf eine CO₂-neutrale Arbeits- und Wirtschaftsweise bis Mitte des Jahrhunderts ist auch für die sozialen Dienste eine große Kraftanstrengung – von der energetischen Sanierung der Gebäude bis hin zu ökologischeren Fahrzeugflotten. All das wird in den kommenden Jahrzehnten Kosten verursachen, die durch die Regelfinanzierungssysteme bis dato nicht abgebildet werden. Es ist vollkommen klar, dass perspektivisch über die Finanzierungsgrundlage der sozialen Dienste und Einrichtungen gesprochen werden muss.

Sie haben in Ihrem Ministerium ein Referat für soziale Angelegenheiten der Umweltpolitik und soziale Gerechtigkeit eingerichtet. Warum und wo sehen Sie die Hauptaufgaben dieses Arbeitsbereichs?

SCHULZE Mich leitet die Überzeugung, dass Umwelt- und Klimaschutzpolitik sozial gerecht ausgestaltet sein muss. Ich habe aus diesem Grund zu Beginn der Legislatur eine Arbeitseinheit gegründet, die sich intensiv mit den sozialen Aspekten von Umweltpolitik beschäftigt. Das zahlt sich aus. Inzwischen tausche ich mich regelmäßig mit den Wohlfahrtsverbänden aus. Das hilft enorm, um ein größeres Verständnis für die Hürden und Herausforderungen sozialer Dienste und Einrichtungen im Klimaschutz zu bekommen. Im Dialog ist zum Beispiel deutlich geworden, dass Hilfen beim Flottenaustausch und bei der Anpassung an den Klimawandel auf ein großes Interesse stoßen würden. So konnten wir bedarfsgerechte Förderprogramme entwickeln.

Abschließend: Welche Verantwortung kann oder muss beim Erreichen der Pariser Klimaschutzziele der Freien Wohlfahrtspflege zukommen?

SCHULZE Nur mit einer gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung können wir den demografischen Wandel, die Digitalisierung und den Klimawandel meistern. Auch der Wohlfahrt kommt hier eine maßgebliche Rolle zu, die die AWO schon jetzt vorbildlich wahrnimmt. Im neuen Grundsatzprogramm macht sie klar, dass soziale Verantwortung immer auch eine ökologische Dimension hat. Und diesen Grundsätzen lässt die AWO unter anderem mit ihrem Projekt »Klimafreundlich pflegen« Taten folgen, das übrigens von meinem Ministerium gefördert wird. Deutschlandweit haben AWO-Beschäftigte den Klimaschutz im stationären Pflegebereich vorangetrieben. Wir brauchen mehr solcher Projekte, die nicht nur CO₂ vermeiden, sondern zugleich auch mehr Qualität und Freude in den Arbeitsalltag bringen. ❤️

INTERVIEW MIT BUNDESUMWELTMINISTERIN SVENJA SCHULZE

Klimaschutz und die Verantwortung der Freien Wohlfahrtspflege

AUTOREN STEFFEN LEMBKE UND PETER KULEGA

Frau Schulze, im Zuge des Konjunktur- und Zukunftspakets der Bundesregierung wurden die zwei Förderprogramme »Sozial & Mobil« und »Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen« aufgelegt. Diese unterstützen auch die Freie Wohlfahrtspflege umfassend. Worum geht es bei den Programmen und warum sehen Sie gerade hier Potenzial für den Klimaschutz?

SCHULZE Die Freie Wohlfahrt leistet unter schwierigen Umständen Großartiges – nicht nur in der aktuellen Krise. Neben dem anstrengenden Alltag stellen sich Beschäftigte den Herausforderungen rund um den Klimawandel und benötigen dafür Unterstützung. Aus diesem Grund habe ich zwei neue Förderprogramme ins Leben gerufen. Damit lassen sich Maßnahmen anstoßen, die finanziell ansonsten nicht zu stemmen wären. Das Programm »Sozial & Mobil« ermöglicht sozialen Diensten eine Umrüstung ihrer Flotten auf Elektrofahrzeuge. Mit dem Förderprogramm »Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen« können sich Kindergärten oder Pflegeheime gegen Hitzewellen wappnen. Mit den Programmen kann die Freie Wohlfahrt mehr gegen den Klimawandel tun und auch das Arbeitsumfeld der Beschäftigten sowie die Lebensqualität betreuungsbedürftiger Menschen spürbar verbessern.

ENGAGEMENT

Weihnachtsmarken erhältlich



Seit dem 2. November und bis zum 31. Dezember 2020 können die neuen Weihnachtsmarken in unserem Wohlfahrtsmarken-Shop erworben werden. Das Motiv des Sonderpostwertzeichens zu Weihnachten 2020 bildet einen Ausschnitt aus dem großen Portalfenster der Pfarrkirche St. Katharina in Bad Soden am Taunus ab. Seit über 70 Jahren werden die Marken mit Zuschlagserlösen zugunsten der Freien Wohlfahrtspflege herausgegeben. Alle Erlöse, die Haupt- und Ehrenamtliche der einzelnen Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände erzielen, werden direkt vor Ort zur Finanzierung sozialer Maßnahmen eingesetzt. Die Weihnachtsmarken können auch in den AWO-Gliederungen zur Eigenfrankierung eingesetzt werden.

➔ Zum Shop: awo-engagiert.awo.org

➔ Weiterführende Informationen rund um die Wohlfahrtsmarken: Berit Gründler • werbung@awo.org

HISTORISCHES PORTRÄT

Marta Schanzenbach 1907–1997

Von 1929 bis 1931 absolvierte Marta Schanzenbach die Wohlfahrtsschule der AWO in Berlin. Nach erfolgreichem Abschluss zur Fürsorgerin war sie im Jugendamt Prenzlauer Berg unter Walter Friedländer tätig. 1933 wurde sie durch die Nationalsozialisten entlassen, sie erhielt Berufsverbot. Schanzenbach arbeitete ab 1939 erneut als Berliner Fürsorgerin, 1942 kehrte sie schließlich in ihre Heimat, die Schwarzwaldregion, zurück. Dort setzte sie sich ab 1945 unmittelbar für den Wiederaufbau ein. Als Vorsitzende prägte sie die AWO Südbaden bis Mitte der 1970er-Jahre. 1949 wurde sie Mitglied des AWO Hauptvorstandes, von 1953 bis 1971 war sie stellvertretende AWO-Bundesvorsitzende. Parallel dazu wurde sie 1949 in den Bundestag gewählt und übte bis in die 1970er-Jahre zentrale Parteifunktionen in der SPD aus, die inhaltlich Schnittmengen zur AWO boten. 1958 wurde Schanzenbach erstes weibliches Mitglied des SPD-Präsidiums, später Frauenbeauftragte des Parteivorstandes sowie Vorsitzende des Ausschusses für Frauenfragen. Im AWO Bezirksverband Baden engagierte sie sich bis ins späte Lebensalter als Ehrenvorsitzende.

➔ Weitere Informationen im Historischen Archiv der AWO www.awo-historie.org



PANDEMIE

Frauen vor Gewalt schützen

Partnerschaftsgewalt findet in der Coronakrise verstärkt statt. Die Beratungsanfragen beim bundesweiten Hilfetelefon liegen 20 Prozent über den Zahlen des Vorjahres. Die Berliner Gewaltschutzambulanz der Charité behandelte bereits im Juni 2020 30 Prozent mehr und schwerere Fälle als im Jahr zuvor. Für Frauen und ihre mitbetroffenen Kinder ist es umso wichtiger zu wissen, dass Beratung, Schutz und Hilfe jederzeit garantiert werden. Die AWO hat ein Forderungspapier für die Sicherstellung der Hilfeangebote gegen Gewalt an Frauen erarbeitet. Sie fordert darin den überregionalen und schnellen Zugang zu Schutz, Hilfe und Beratung, sofortige Corona-Testmöglichkeiten für Frauenhäuser und eine finanzielle Absicherung der Mehrbedarfe an Räumlichkeiten und Fachpersonal.

Steigende Infektionszahlen erschweren es vielen Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, sich über Hilfen zu informieren. Fehlende soziale Außenkontakte, die Angst vor Ansteckung und die Nähe zum gewalttätigen Partner hemmen die Entscheidung, Hilfe in Anspruch zu nehmen oder Zuflucht in einer Schutz Einrichtung zu suchen. Die AWO als Teil des bundesweiten Gewaltschutznetzes bietet in vielen Frauenhäusern und weiteren Schutzwohnungen sowie in zahlreichen Fachberatungsstellen Unterkunft, Notfallhilfe, telefonische und digitale Beratung und Begleitung an. Allein in den Frauenhäusern der AWO finden jedes Jahr mehr als 1.500 Frauen und 1.600 Kinder Zuflucht vor häuslicher Gewalt.

➔ Das Forderungspapier können Sie unter www.awo.org herunterladen

➔ Christiane Völz • christiane.voelz@awo.org



HELFEN SIE!

Unterstützen Sie Menschen wie Ranjita. Mit einer dauerhaften Zuwendung als Fördermitglied können wir langfristig und nachhaltig die Welt ein wenig gerechter machen.

➤ Spendenkonto:

AWO International e. V.

IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00

Bank für Sozialwirtschaft

AWO INTERNATIONAL

Eine Welt ohne Hunger

Weltweit hungern 821 Millionen Menschen. Seit 2009 führt AWO International mit der indischen Partnerorganisation Madhyam im Bundesstaat Odisha erfolgreich Projekte zur Armutsbekämpfung und Ernährungssicherung durch. Ranjita Khilla lebt mit ihrem Ehemann und zwei Söhnen in Attalaguda in Odisha, einem der ärmsten indischen Bundesstaaten in Ostindien. Die 28-Jährige arbeitet als Kleinbäuerin. Um sie und 3.000 weitere Menschen zu unterstützen, bietet AWO International Schulungen zu verbesserten Anbaumethoden an. Die Verwendung von Biodünger und Biopestiziden förderte die Bodenfruchtbarkeit, und Ranjita erkannte schnell, dass die erlernten Methoden der biologischen Landwirtschaft ihre Erträge um einiges steigern konnten. Auf weniger als einem Hektar Land erntete sie etwa 21 Doppelzentner Reis – genug für die Versorgung ihrer Familie und den Verkauf. In einem Jahr schaffte sie es, um die 80.000 Rupien einzunehmen. Dank dieser Einkommensverbesserung können ihre Söhne nun die Schule besuchen.

**➔ Weitere Informationen www.awointernational.de
mail@awointernational.de**

Die AWO vor Ort

Es ist eine der Grundideen der Arbeiterwohlfahrt und von jeher eine der großen Stärken, weit verzweigt mit ihren Gliederungen und Einrichtungen im Bundesgebiet präsent zu sein. Dem entspricht die Struktur Bundesverband, Landes- und Bezirksverbände und Ortsvereine. Auf allen Ebenen spielen Ehrenamt, Engagement und Mitgliedschaft eine wichtige Rolle. Daneben hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten aber die Anzahl der hauptamtlich Beschäftigten kontinuierlich vergrößert. Dies hängt eng zusammen mit den erweiterten Angeboten an Dienstleistungen und Einrichtungen. Verbindliche Grundlagen für das ehrenamtliche wie das hauptamtliche Handeln aller Mitglieder, Gliederungen und Unternehmen der AWO sind das Grundsatzprogramm und das Verbandsstatut.

Wie zahlreiche andere Mitgliedsverbände hat auch die AWO rückläufige Zahlen. Menschen haben weiterhin Interesse, sich freiwillig zu engagieren, aber sie möchten dies nicht zwangsläufig mit einer Mitgliedschaft verbinden; Menschen arbeiten gerne bei der AWO, aber dies veranlasst sie nicht immer dazu, auch Mitglied im Verband zu werden. Diese Entwicklungen werden im Verband wahrgenommen und so diskutiert, dass die AWO auch in Zukunft eine zeitgemäße Organisation mit attraktiven Engagementmöglichkeiten sowie interessanten Jobangeboten und eine vernehmbare sozialpolitische Stimme bleibt. ♡

AUS WELCHEM GRUND UND WANN SIND SIE / BIST DU MITGLIED DER AWO GEWORDEN?

Ich bin am 10. Oktober 1990 AWO-Mitglied geworden. An dem Tag haben wir den Ortsverein gegründet. Die SPD hatte uns während der »Wendezeit« ins Marie-Juchacz-Haus nach Marktbreit eingeladen. Dort gab es einen Vortrag über die AWO, der mich tief beeindruckt hat. In meiner Heimat standen zu dieser Zeit alle sozialen Einrichtungen auf der Kippe. Ich habe mir Mitstreiter gesucht, die ich für meine Ideen und die AWO begeistern konnte. Mit 15 Personen war der Anfang gemacht. Schon wenige Wochen später konnten wir die erste AWO-Begegnungsstätte eröffnen.

Lore Mikolajczyk ist 78 Jahre alt und ehrenamtlich engagiert als Vorsitzende des AWO Kreisverbandes Sonneberg. Sie ist Trägerin der Emma-Sachse-Ehrung.

Ich bin im Frühling 2016 mit einer Freundin das erste Mal beim Jugendwerk gewesen und bin gleich Mitglied geworden. Ich wurde sofort sehr freundlich aufgenommen und habe mich sehr wohl gefühlt. Ich hatte von Anfang an das Gefühl, dazuzugehören und Teil von einer großen Gemeinschaft zu sein.

Marie Speckmann ist 17 Jahre alt und ehrenamtlich engagiert beim Landesjugendwerk der AWO Bremerhaven.



**DIE AWO GLIEDERT SICH
BUNDESWEIT IN**

30 Bezirks- und Landesverbände
403 Kreisverbände
3.435 Ortsvereine



**DIE AWO WIRD BUNDESWEIT
GETRAGEN VON**

312.625 Mitgliedern
82.790 ehrenamtlichen
Mitarbeitenden (Helfer*innen)
237.721 hauptamtlichen
Mitarbeitenden

**DIE AWO UNTERHÄLT IN ALLEN
BUNDESLÄNDERN ÜBER
18.000 EINRICHTUNGEN UND
DIENSTE/DIENSTLEISTUNGEN,
DARUNTER:**



Heime inkl.
Wohngemeinschaften



Tagesstätten,
etwa für Kinder
und Jugendliche
und für alte
Menschen



ambulante Dienste
insgesamt, darunter
sozialpflegerische
Dienste



Auskunfts- und
Beratungsstellen unter-
schiedlichster Art, z.B.
für Ausländer*innen,
Arbeitslose, Familien,
Schwangere, Alte,
Behinderte, Jugendliche



Tages- und
Werkstätten
für Arbeitslose,
Werkstätten
aller Art



AWO Ansicht 2-2017

ZUKUNFT DER KOMMUNEN

»In Deutschland haben wir die Besonderheit – Stichwort Subsidiaritätsprinzip –, dass die sozialen und wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben zu einem großen Teil lokal erbracht werden. Sie sollen jedoch, wenn irgend möglich, nicht durch die Kommunen als öffentliche Institution getätigt, sondern den freien Trägern überlassen werden. In dieser deutschen Tradition sind die Wohlfahrtsverbände natürlich ganz wichtig.«

Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, Inhaberin des Lehrstuhls für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation II an der Universität Potsdam.



AWO Ansicht 4-2019

SOLIDARITÄT

»Die Fragen von Demokratie und Solidarität hängen eng zusammen. Deshalb sind Institutionen der Sozialen Arbeit wie die AWO so wertvoll. Das Miteinander im Respekt, das für die Demokratie zentral ist, muss im Alltag gelernt und gelebt werden – und dafür braucht es die AWO auch in Zukunft.«

Professor Rainer Forst, Politische Theorie und Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main



AWO Ansicht 1-2013

ARMUT BEKÄMPFEN

»Ein Wohlfahrtsverband sollte sich nicht gemein machen mit dem Argument der vermeintlichen Sachzwänge und den beschriebenen Konsequenzen, sondern immer wieder politisch und medial Druck machen und dieser Sichtweise offensiv widersprechen. Und er sollte sich sicher auch mit den von Armut Betroffenen durch konkrete Angebote solidarisch zeigen.«

Michael Hartmann ist seit 1999 Professor für Elite- und Organisationssoziologie an der Technischen Universität Darmstadt.



AWO Ansicht 2-2011

FREIWILLIG.

WARUM MITMACHEN.

»Es braucht eine Engagementpolitik, die sich auf die jeweiligen Handlungsfelder bezieht. Wir müssen wegkommen von einem abstrakten Appell an die Engagementbereitschaft und dem Anbieten von allen möglichen Gelegenheiten, sich zu engagieren. Eine ernsthafte Engagementpolitik muss die Interessen der Menschen unterstützen.«

Dr. Norbert Wohlfahrt ist Professor an der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum.



AWO Ansicht 3-2011

Darum AWO

Der politische Auftrag der AWO, Solidarität zu leisten sowie Chancengleichheit und Gerechtigkeit zu fördern, ist aktueller denn je. Wie können Ungleichheiten beseitigt, Engagement gefördert und Demokratie gestärkt werden? Antworten dazu vom scheidenden AWO-Bundsvorsitzenden Wolfgang Stadler und seinem Nachfolger Prof. Dr. Jens M. Schubert im Interview.



AWO Ansicht 1-2016

**PERSPEKTIVEN FÜR
GEFLÜCHTETE**

»Ich glaube, die Arbeiterwohlfahrt hat die Aufgabe, ihre traditionellen Themen – das Eintreten für Offenheit, für Gleichberechtigung, für Chancengleichheit, für Verteilungsgerechtigkeit – offensiv zu vertreten. Die Fluchtsituation hat ja keine neuen Themen geschaffen, sondern sie bringt nur Mängel in diversen Themen- und Politikfeldern auf den Tisch.«

Dr. Wolfgang Kaschuba ist Professor für Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.



AWO Ansicht 4-2017

**DIE BEDEUTUNG
VON JUGENDSOZIALARBEIT**

»Ich erwarte von den Wohlfahrtsverbänden, dass sie ein deutliches jugendpolitisches Konzept für sich erarbeiten. Dieses sehe ich derzeit noch nicht klar profiliert bei den Wohlfahrtsverbänden. Dieses sehe ich aber auch nicht bei den politischen Parteien. Es gibt in Deutschland schlicht keine politische Partei, die ein jugendpolitisches Programm hat. Darauf müssten die Wohlfahrtsverbände hinweisen.«

Dr. Wolfgang Schröder ist Hochschullehrer am Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim.

ALTE ZUKUNFT.

**WARUM DAS ALTER
KEINE BEDROHUNG IST.**



»Meines Erachtens ist ein Herzstück ihres Handelns, dass Wohlfahrtsverbände wie die AWO auf die ganz konkrete, empirisch sichtbare Lebenslage verweisen; immer wieder Fakten, Zahlen, konkrete Beschreibungen thematisieren und auf das Problem hinweisen und Handlungserfordernisse auch deutlich machen. Handlungserfordernisse eben nicht nur im Sinne einer Altmenschenpolitik, sondern Handlungserfordernisse, um so weit wie möglich präventiv auf Lebens- und Erwerbsverläufe steuernd einzugreifen.«

Dr. Gertrud M. Backes ist Professorin und Inhaberin des Lehrstuhls für Altern und Gesellschaft sowie Direktorin des Forschungszentrums Altern und Gesellschaft (ZAG) an der Universität Vechta.

AWO Ansicht 2-2020



KINDER UND ZUKUNFT

»Sie sollten die Fortbildung der Erzieherinnen und die Qualifizierung weiter im Blick haben. Ich finde, die AWO sollte die Kindertageseinrichtungen, die sie hat, konzeptionell und strukturell noch besser ausstatten. Das ist Aufgabe der Wohlfahrtsverbände genauso wie des Staates.«

Sigrid Tschöpe-Scheffler ist Professorin an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaft der TH Köln.

NACHHALTIGKEIT



AWO Ansicht 4-2015

»Ich denke, Verbände dieser Art müssten mit Blick auf soziale Fragen eine viel größere Rolle in der Nachhaltigkeitsdebatte spielen. Die Nachhaltigkeitsdebatte darf sich nicht nur segmentär auf ökologische Fragen fokussieren.«

Dr. Harald Welzer ist Professor für Transformationsdesign an der Universität Flensburg und Direktor der Stiftung Futurzwei in Berlin.

Werte leben!

In Heft 4-2011 verfasste Wolfgang Stadler grundlegende Gedanken über die Bedeutung von Werten für die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt. Seine Ausführungen hatten seinerzeit und haben auch heute noch programmatischen Charakter. Von daher möchten wir die »Jubiläumsausgabe« nutzen, diese Überlegungen erneut abzdrukken. Im Zusammenhang mit dem folgenden Interview mit Wolfgang Stadler und Prof. Dr. Jens M. Schubert entsteht so ein Gesamtbild über die Gegenwart und Zukunft der AWO.

AUTOR WOLFGANG STADLER

In kaum einer Rede von Verbandsvertreter*innen fehlt – im Übrigen völlig zu Recht – der Hinweis auf die Unumstößlichkeit der AWO-Grundwerte von Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Ein solcher Verweis droht allerdings dann unglaublich zu werden, wenn diese Werte im Alltag nicht gelebt werden.

Gute Arbeit geleistet

Kein Zweifel, in vielen Teilen hat die AWO in den vergangenen 20 bis 30 Jahren mit Erfolg auf dem Markt der Sozialwirtschaft gewirkt. Ziel war es, gute Dienstleistungen anzubieten. Dies ist gelungen. Die Angebote der AWO zeichnen sich durch ihre hohe Qualität, Fachlichkeit und ihren interkulturellen Anspruch aus. Das Selbstverständnis der AWO als Verband, der Engagierte in die Soziale Arbeit einbezieht, ist wesentlich für die Angebote vor Ort. Auch die selbstlose Reinvestition der Mittel für die Allgemeinheit ist und bleibt Kernmerkmal der AWO als gemeinnütziger Verband.

Von interessierter politischer Seite wurde seit Einführung der Pflegeversicherung Mitte der 1990er-Jahre in allen Feldern der Sozialen Arbeit auf Regulierung durch »den Markt« gesetzt. Man hat die harte Konkurrenz zwischen verschiedenen Anbietern gewollt und durch entsprechende Deckelungen in der Finanzierung und rigide Ausschreibungspolitik gefördert. Im Zuge dieser immer ruinöseren Konkurrenz um Angebote und Dienstleistungen sahen sich auch AWO-Anbieter gezwungen, vor allem an Lohnkosten zu sparen. So wurden in einigen Arbeitsfeldern Verhältnisse

geschaffen, die vor dem geschichtlichen Hintergrund der AWO als »Kind der Arbeiterbewegung« mit den AWO-Werten nur noch sehr schwer zu vereinbaren sind.

»Nein« sagen können

Natürlich sind auch die AWO-Dienstleistungen der Konkurrenz ausgesetzt. Den harten Preiswettbewerb auf dem Sozialmarkt wird die AWO jedoch über eine massive Kürzung der Personalkosten nicht gewinnen können. Entscheidend ist vielmehr, ob die AWO als wertebundener Verband mit ihren Unternehmen alle Entwicklungen auf dem Markt der Anbieter mitmacht oder nicht. Die Antwort kann eigentlich nur lauten: Nein.

Werteorientiert handeln ist eben kein rein pragmatisches Vorgehen, sondern vielmehr auch das Eingeständnis, etwas nicht zu machen; selbstbewusst zu sagen: »Dann machen es halt andere, wenn es mit den Grundüberzeugungen, für die die AWO eintritt, nicht vereinbar ist.« Und zu den Grundüberzeugungen und dem Selbstverständnis der AWO gehört, dass ein Wettbewerb um die Löhne nicht gewollt ist. Die AWO kann und darf sich nicht auf alle Marktgepflogenheiten einlassen. Nur so kann sie eine seriöse, glaubwürdige Arbeitgeberin sein und bleiben. Anspruch muss es vielmehr sein, den Wert der Sozialen Arbeit wieder deutlicher ins Blickfeld zu nehmen! Bei den Lohnkosten kann es deshalb nur Ziel sein, einen verbindlichen Branchentarifvertrag für soziale Dienstleistungen abzuschließen, der alle Arbeitsfelder, in denen die AWO und andere Verbände der Freien Wohlfahrtspflege tätig sind, umfasst. So wird es gelingen, die Lohnabwärtsspirale zu stoppen, und den Angestellten käme jene Anerkennung zuteil, die sie für ihre tagtägliche Arbeit verdienen.

In seinem wegweisenden Urteil zu den Hartz-IV-Regelsätzen aus dem vergangenen Jahr hat das Bundesverfassungsgericht explizit den Zusammenhang zwischen Menschenwürde und Sozialstaat hergestellt. In Teilen der Politik und der medialen Öffentlichkeit wurden die betroffenen Hartz-IV-Empfänger*innen insofern diffamiert, als ihnen – überspitzt gesagt – Lust an der sozialen Hängematte unterstellt wurde. Die AWO muss in diesen Debatten wieder hörbar eine Stimme für die Betroffenen erheben. Die AWO kann aber nur dann glaubwürdig an der Seite der von Existenznot betroffenen Menschen stehen, wenn der Verband selbst eine innere Glaubwürdigkeit besitzt;



wenn die eigenen Werte auch und vor allem in den Einrichtungen und Diensten gelebt werden – vom Haupt- wie vom Ehrenamt!

Glaubwürdige Stimme sein

Die AWO ist dann zukunftstauglich, wenn ihre Unternehmen und Dienstleistungen eine erkennbar gemeinwohlpolitische Orientierung verkörpern. Sie kann dann eine Diskussion über die Zukunft des Sozialstaats glaubwürdig und offensiv führen, wenn ihre inhaltlichen Positionen sich für alle erkennbar aus den Grundwerten ableiten lassen und gelebt werden. Eine solche Diskussion ist etwa mit Blick auf die noch unüberschaubaren Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise vonnöten. Klar sollte hier sein, dass die anfallenden Kosten gerecht verteilt werden müssen und dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinandergehen darf, wenn nicht mittelfristig das Vertrauen in die demokratischen (und AWO-)Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit noch weiter zurückgehen soll. ♡

»Wenn die AWO ihre Glaubwürdigkeit und Berechtigung als Verband der Freien Wohlfahrtspflege nicht einbüßen möchte, muss sie auch im Umgang mit den eigenen Angestellten, den Kund*innen und in ihrer anwaltschaftlichen Funktion nach ihren Grundwerten handeln. Werte leben ist mehr als nur pragmatisch handeln.«

Wolfgang Stadler, AWO Bundesvorsitzender



VERBAND

Leitsätze der AWO

Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln. Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen, machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.

Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt.

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.

Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell, innovativ und nachhaltig. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

Wir machen weiter

Nach elf Jahren als Vorsitzender des AWO Bundesverbandes geht Wolfgang Stadler am 31. Dezember 2020 in den Ruhestand. Nachfolger wird Prof. Dr. Jens M. Schubert. Er ist bereits seit dem 1. August Geschäftsführer nach § 30 BGB. Zeit, um ein Gespräch über die Gegenwart und Zukunft der Wohlfahrtspflege insgesamt und der AWO im Besonderen zu führen.

INTERVIEW PETER KULEGA

Herr Stadler, freuen Sie sich schon auf den 1. Januar 2021?

WOLFGANG STADLER Ja klar! Ein neuer Lebensabschnitt beginnt, und ich erhoffe mir, dass mein Leben etwas ruhiger wird und der Dauerstress aufhört.

Herr Schubert, freuen Sie sich auch schon auf die Zeit nach dem 1. Januar 2021?

JENS M. SCHUBERT Klar freue ich mich auf meine neue Aufgabe. Ich werde aber auch Wolfgang Stadler vermissen, da ich es in den letzten Monaten sehr genossen habe, mit ihm zusammenzuarbeiten. Ich werde hier wirklich auf besondere Weise in das neue Amt eingeführt und erfahre eine tolle Unterstützung. Ich danke ihm sehr!

Herr Stadler, bevor Sie elf Jahre als AWO-Bundesvorsitzender agierten, waren Sie 16 Jahre Geschäftsführer des AWO Bezirksverbands Ostwestfalen-Lippe. Was hat Sie an der Aufgabe auf Bundesebene überrascht – im Positiven wie im Negativen – im Vergleich zu der Tätigkeit im Bezirk?

STADLER Eher negativ überrascht war ich darüber, dass viele Leute, die über Dinge auf der Bundesebene sprechen, nicht immer genau wissen, worüber sie eigentlich reden. Da habe ich es schon als Vorteil empfunden, aufgrund meiner jahrzehntelangen Arbeit bei der AWO die Praxis relativ gut zu kennen und deren Sichtweise in Debatten auf Bundesebene einzubringen.

Sind die beiden Aufgaben zwei verschiedene Paar Schuhe oder gibt es Bereiche, die deckungsgleich sind?

STADLER An manchen Punkten gibt es natürlich Überschneidungen. Etwa im organisatorischen Ablauf von Vorhaben, die man plant und aufbaut. Aber auch inhaltlich. Nur kurz zwei Beispiele: Nehmen Sie das Thema Qualität der Arbeit in den Kindertageseinrichtungen. Ein Thema, das ich seit sehr vielen Jahren auch aus der Praxis vor Ort bestens kenne. Vor diesem Hintergrund habe ich auf Bundesebene immer wieder versucht, entsprechend zu wirken und vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen. Und dann ist es schon sehr gut zu wissen, wenn sich Qualitätsmaßstäbe verbessert haben und entsprechende Normen verändert wurden. Oder das Thema Pflege. Die AWO vor Ort ist bekanntlich Trägerin von zahlreichen Pflegeeinrichtungen. Ich habe immer wieder erlebt, mit welcher Intensität und welcher Hingabe die überwiegende Anzahl der Pflegekräfte arbeitet. Von daher war es mir auch immer klar, dass die Rahmenbedingungen für die Pflegekräfte verbessert werden müssen. Hier konnte ich auf Bundesebene unter anderem mit Jens Schubert in seiner damaligen Tätigkeit bei ver.di dafür sorgen, dass die Arbeitsverhältnisse für die Pflegekräfte durch neue Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden ...

WOLFGANG STADLER

geboren 1954 in Duisburg, ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Seit 2010 ist er Vorsitzender des Vorstandes des AWO Bundesverbandes e.V. Er begann 1978 als Zivi bei der AWO, leitete ein Bildungswerk und wurde 1983 stellvertretender Bezirksgeschäftsführer. Von 1993 bis 2009 war er Geschäftsführer des AWO Bezirksverbands Ostwestfalen-Lippe e.V. Seit Oktober 2005 ist er Geschäftsführer von awo lifebalance, der früheren ElternService AWO GmbH.



... dieses wichtige Thema werden wir später noch weiter vertiefen ... Herr Schubert, als promovierter und habilitierter Jurist wäre bei Ihnen auch eine wissenschaftliche Laufbahn denkbar gewesen. Warum 2010 der Schritt als Chefjurist zu ver.di und warum nun die Bewerbung auf den Vorstandsvorsitz des AWO Bundesverbandes?

SCHUBERT Mein beruflicher Lebensweg ist nicht unbedingt gradlinig, das stimmt. Ich war Anwalt, an der Universität tätig, dann bei einer Gewerkschaft und jetzt der Schritt zur Arbeiterwohlfahrt. Mich interessiert Wissenschaft sehr, ich werde mich auch weiterhin in den dortigen Diskurs, nunmehr auch mit den AWO-Themen, einmischen. Zugleich bin ich aber seit jeher neugierig zu erfahren, wie sich Dinge in der Praxis zeigen, und möchte an deren Umsetzung aktiv mitwirken. Und auch das sogenannte politische Geschäft gehört dazu und ist für mich spannend. Der Wechsel zu ver.di 2010 erfolgte deshalb auch, weil ich als Arbeitsrechtler praxisnah zum Beispiel das Tarifgeschäft sowie Verfahren vor den höchsten deutschen Gerichten erleben und mitverantworten wollte. Mit Blick auf das politische Geschäft hatte die Arbeit als Chefjurist dort aber ihre Grenzen. Dies ist einer der Gründe für den Sprung zur AWO. Hier habe ich eine andere Rolle, kann anders gestalten, um die mir

PROF. DR. JENS M. SCHUBERT

geboren 1969, ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Seit August 2020 ist er Geschäftsführer des AWO Bundesverbandes e.V. und dann ab dem 1. Januar 2021 Vorstandsvorsitzender. Von März 2010 bis Juli 2020 war er Leiter des Bereichs Recht und Rechtspolitik in der Bundesverwaltung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Er ist promovierter und habilitierter Jurist und hat eine Nebentätigkeit als außerplanmäßiger Professor an der Leuphana Universität Lüneburg, Leuphana Law School.



wichtigen sozialpolitischen Themen an den entsprechenden Stellen einzubringen. Ich freue mich daher, meine Lebens- und Berufserfahrungen in die Arbeit für den Bundesverband einzubringen. Sicherlich ist es mit mir als Seiteneinsteiger für beide Seiten neu, aber zusammen kann es in vielerlei Hinsicht gewinnbringend werden, davon bin ich überzeugt.

Ein Blick in den Verband

Letztes Jahr wurde der 100. Geburtstag der AWO gefeiert. Mutige Männer und vor allem Frauen haben den Verband in den Gründungsjahren geprägt. Wie bedeutsam ist der Bezug zu der eigenen Historie? Und: Wie sehr besteht zugleich die Gefahr – Stichwort: Sonntagsreden –, dass man sich zu sehr auf das Vergangene bezieht oder sich gar darauf ausruht und zukunftsweisende Debatten aus dem Blick verliert? Herr Stadler, wenn Sie in den Verband ›hineingehorcht‹ haben, wie haben Sie diesen eventuellen Zwiespalt wahrgenommen?

STADLER Ich habe eigentlich immer gespürt, dass uns der Blick in die Historie Kraft gibt und Wegweiser für die Zukunft ist. Wir konnten uns durch den intensiven Blick in die Geschichte vergewissern, wie aktuell die Werte und Ziele unserer Gründerinnen heute noch sind. Wir bewegen uns natürlich in einem anderen Kontext, und zugleich sind viele Visionen noch nicht umgesetzt. Klar ist immer auch, dass die Arbeiterwohlfahrt nach vorne blicken muss und der Blick zurück nicht verklärend wirken darf.

Ist diese bedeutsame Historie für Sie, Herr Schubert, Fluch und Segen zugleich?

SCHUBERT Bei der Lektüre von Reden und Texten etwa von Marie Juchacz oder Lotte Lemke stellt man teilweise fest, wie aktuell diese vielfach noch sind. Von daher sind sie schlicht der Maßstab. Bei Themen, die noch immer geklärt und diskutiert



FACHKRÄFTE

»Für das Hauptamt gilt es unbedingt zu klären, wie Fachkräfte für die Zukunft gewonnen und wie diese an die Organisation und an die Unternehmen gebunden werden können. Zum Thema Ehrenamt: Wir brauchen schlicht Nachwuchs; wir brauchen jüngere Leute, die bei uns mitwirken.«

Wolfgang Stadler

werden müssen, ist der Blick zurück sehr wohl also auch Selbstvergewisserung: Was wurden damals für Ideen geäußert? Was wurden damals für Argumente geliefert? Es gibt natürlich neue Themen. Über das dritte Geschlecht beispielsweise etwa wurde vor hundert Jahren noch nicht diskutiert. Aber die Frage, wie wir mit Diskriminierung umgehen, die hat es damals sehr wohl schon gegeben. Insofern kann dann der Blick zurück sehr wertvoll sein, ohne dabei in rein nostalgische Gefühle zu verfallen.

Herr Stadler, was waren und sind die zentralen Herausforderungen für den inneren Zusammenhalt des Verbandes? Anders gefragt: Was sind die Erwartungen an das Haupt- und das Ehrenamt?

STADLER Für das Hauptamt gilt es unbedingt zu klären, wie Fachkräfte für die Zukunft gewonnen und wie diese an die Organisation und an die Unternehmen gebunden werden können. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Wohlfahrtspflegebranche nicht immer gut mit den eigenen Mitarbeitenden umgeht und sie sich daher zukünftig ändern muss, wenn sie im Wettbewerb um die weniger werdenden Arbeitskräfte

bestehen möchte. Zum Thema Ehrenamt: Wir brauchen schlicht Nachwuchs; wir brauchen jüngere Leute, die bei uns mitwirken. Entsprechend müssen aber auch unsere Strukturen weiterentwickelt werden. Junge Menschen wollen direkt und unmittelbar etwas Gutes, Interessantes, Wichtiges leisten. Das bedarf neuer Formen der Ansprache, aber auch neuer Plattformen, die ihnen die Möglichkeiten eröffnen, sich entsprechend einzubringen. Insgesamt – und hierfür habe ich mich mein langes Leben in der AWO immer eingesetzt – brauchen wir im Verband und vor allem im Unternehmen ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen unseren Zielen und Werten und unserem praktischen Tun. Seien wir doch endlich so inklusiv in unseren sozialen Unternehmungen, wie wir es von der Gesellschaft in Bundeskonferenzbeschlüssen erwarten. Praktizieren wir auf allen Ebenen endlich die Gleichstellung der Geschlechter, die sich uns unsere hochverehrte Gründerin gewünscht hat. Fordern wir nicht immer nur von anderen Integration und Weltoffenheit, wenn bei uns der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den ehren- und hauptamtlichen Führungsebenen noch vollkommen unterentwickelt ist.

Herr Schubert, Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften oder eben auch Wohlfahrtsverbände wie die AWO leiden seit Jahren unter Mitgliederverlusten. Vom Selbstverständnis her sind sie aber bedeutsam. Was sind die Ursachen für diese Verluste? Wie sollte man gegensteuern?

SCHUBERT Ich glaube, es liegt auf der Hand, dass wir auf allen Ebenen und Gliederungen, das Haupt- und das Ehrenamt gemeinsam, gegen den Mitglie-

derverlust vorgehen müssen. An der Mitgliederzahl wird man nun einmal auch gemessen. Wie viele andere Verbände werden wir daher sehr aktiv um Mitglieder werben. Unser Aktionstag ist da ein Beispiel. Wir werden aber auch über neue Formen der Ansprache (soziale Netzwerke) nachdenken müssen. Dabei will ich aber nicht allein von jungen Leuten sprechen. Es geht in meinen Augen mehr darum, Themen, die alle Menschen generationsübergreifend berühren, anzugehen.

Ich bin darüber hinaus sehr davon überzeugt, dass die AWO Gesichter braucht. Sie muss erlebbar und erfahrbar sein. Dafür müssen unsere Taten mit dem übereinstimmen, was wir sagen, und umgekehrt. Sprich: Wenn wir uns zu einer Kindersicherungsicherung bekennen, dann muss sich unser Einsatz dafür in allen Gliederungen und auf allen Ebenen der Verbandsarbeit widerspiegeln. Wenn wir für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege oder in Einrichtungen streiten, dann müssen wir natürlich auch selbst unsere Beschäftigten entsprechend behandeln. Die AWO muss authentisch, glaubwürdig und verlässlich sein und überall durch ihre vielen Persönlichkeiten überzeugen. Jede Organisation, die dies nicht tut, verliert Zuspruch. Dies gilt auch bei dem sehr drängenden Thema,

»Es gehört, so meine ich, zum Auftrag der AWO, sich in viele soziale Themen einzumischen, Angebote zu machen und für die einzutreten, die es vielleicht nicht in gleicher Weise können. Das ist notwendiger denn je in den gegenwärtigen Zeiten.«

Jens M. Schubert

welche sozialen Folgen ökologische Veränderungsprozesse haben. Da gilt es frühzeitig und klar Position zu beziehen. Ich glaube, dass all dies dann so ansprechend ist, dass sich Menschen bei uns, auch gegen einen möglichen Trend, engagieren wollen. Übrigens, wenn wir von Glaubwürdigkeit sprechen: Klare Positionen beziehen Wolfgang Stadler und ich auch bei den skandalösen und der AWO stark schädlichen Compliance-Verstößen. Hier endet jede Toleranz.

Die AWO als politischer Akteur

Warum, Herr Schubert, ist die AWO jetzt und in Zukunft notwendig für das soziale und demokratische Miteinander in Deutschland?

SCHUBERT Die AWO hat eine ganz breite Angebotspalette sozialer Dienstleistungen und steht zugleich für ein demokratisches Miteinander aller Menschen – unabhängig von Herkunft oder der Größe des Geldbeutels. Sie ist in der Lage, Bezüge darzustellen und zu beschreiben, was andere Akteure vielleicht nicht so können. Was haben Rente, Inklusion, Quartiersarbeit, Gleichheit der Geschlechter, Migrationshilfe, Armutsbekämpfung, Familienarbeit, Kampf gegen rechts und so weiter gemeinsam? Auf den ersten Blick sind es sicher einzelne Problemfelder, die sachkundig angegangen werden müssen. Sie hängen in unserer Gesellschaft aber auch alle zusammen, und es ist eben die AWO, die glaubhaft und mit viel Erfahrung Gesamtzusammenhänge herausarbeiten und einer Öffentlichkeit und der Politik verdeutlichen kann. Anders formuliert: In gesellschaftspolitischen Diskussionen verwendete Schlagworte wie zum Beispiel »Diversity« (ich spreche lieber von Vielfalt) werden bei der AWO in das tatsächliche Leben überführt. Das alles kann eben die AWO.

Das führt aber gleichzeitig zu einer Verpflichtung: Es gehört, so meine ich, zum Auftrag der AWO, sich in viele soziale Themen einzumischen, Angebote zu machen und für die einzutreten, die es vielleicht nicht in gleicher Weise können. Das ist notwendiger denn je in den gegenwärtigen Zeiten.



Welche politischen Fragen müssen jetzt gestellt und beantwortet werden? Bei welchen Themen sollte die AWO Antworten geben können, Herr Stadler?

STADLER Ich möchte hier die Motivation, den Antrieb für unser Engagement ins Spiel bringen: Dieser Antrieb ist bei der AWO eben ein anderer als nur den Mammon im Blick zu haben und zu sagen, ›oh ja, das ist aber ein interessanter Markt, auf dem können und wollen wir viel Geld verdienen‹. Deutschland ist hier für Investoren, die so denken, hoch interessant, das wissen wir. Die Arbeiterwohlfahrt sagt hier jedoch: Nein, wir sind nicht gewinnorientiert, wir wollen gute Arbeit leisten, wir wollen das Erlösen, was wir tatsächlich auch ausgeben, und ansonsten in die Soziale Arbeit investieren und nicht irgendwelche Investoren befriedigen, die Gelder in dieses Geschäft

»Die Arbeiterwohlfahrt sagt: Nein, wir sind nicht gewinnorientiert, wir wollen gute Arbeit leisten, wir wollen das Erlösen, was wir tatsächlich auch ausgeben, und ansonsten in die Soziale Arbeit investieren und nicht irgendwelche Investoren befriedigen, die Gelder in dieses Geschäft gesteckt haben.«

Wolfgang Stadler

gesteckt haben. Dieses Denken und Handeln ist ganz entscheidend und verdeutlicht zugleich, warum wir auf Dauer die Arbeiterwohlfahrt für ein soziales Miteinander benötigen. Die Gesellschaft braucht solche Akteure der geregelten und dauerhaften Daseinsvorsorge.

Durch das Aufkommen der privaten Anbieter hat sich ja trotz alledem etwas für die Freie Wohlfahrtspflege verändert. Kurzum: Wie groß ist der ökonomische Druck auf die Anbieter der Freien Wohlfahrtspflege? Wie viel Kraft braucht es, um so zu agieren wie eben beschrieben?

SCHUBERT Wenn es schon diesen Wettbewerb, den die AWO nicht initiiert hat, gibt, dann muss man zumindest dessen Regeln kennen und verstehen; dann muss man an den Stellen kämpfen, an denen wir nicht bereit sind, dieses Spiel mitzuspielen. Konkret werden wir einen Wettbewerb über Löhne und Gehälter und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten nicht mitmachen. Wir werden auch nicht an den Dienstleistungen für die uns anvertrauten Menschen sparen.

Mit welcher Konsequenz?

SCHUBERT Mit der Konsequenz, dass wir uns im politischen Raum Verbündete suchen und auf Entscheider zugehen müssen, damit bestimmte Regularien eingehalten werden. Denn klar ist doch auch: Soziale Dienstleistungen sind kein Markt wie der für Autos oder für Oberhemden, sondern es ist ein Markt, der besonderen Regularien unterworfen ist und der staatlicherseits auch anders zu regulieren ist. Das heißt, es muss mehr Geld für das Soziale gezahlt werden und die Frage der Verteilung gilt es zu klären. Es kann private Anbieter geben und die Freie Wohlfahrt. Aber es muss immer auch klar sein, dass diese nicht gegeneinander stehen und vor allen Dingen die Privaten nicht so in den Markt eingreifen dürfen, dass die Freie Wohlfahrt Existenzprobleme bekommt. Der Staat stützt sich auf die Wohlfahrt und er kann ihr auch vertrauensvoll sozialstaatliche Aufgaben übertragen. Das kann er bei anderen, die mit Gewinnerzielungsabsicht agieren, vielleicht nicht immer. Hierauf sollten wir gelegentlich selbstbewusst hinweisen.

STADLER Ich habe die Freie Wohlfahrtspflege ja nun intensiv beobachten können. Rückblickend mag man etwa die vermeintlich komfortable Lage der Wohlfahrtsverbände in den 1980er-Jahren als sehr positiv bezeichnen. Man agierte konkurrenzlos, und teilweise konnten die Rahmensetzungen mit den Kostenträgern ausgehandelt werden – Stichwort

GLAUBWÜRDIGKEIT





»Ebenso müssen Lohn- und Sozialdumping ausgeschlossen werden. Um einen Wettbewerb über schlechte Löhne auszuschalten, muss es einen Tarifvertrag mit einem Mindestentgelt geben, der sich auf alle Arbeitsverhältnisse erstreckt. Besser kann man natürlich immer entlohnen, aber ein Mindestentgelt ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Wettbewerbsgleichheit.«

Jens M. Schubert

Korporatismus. Die Fragen, wie unsere Maßnahmen wirken und in welcher Intensität und Qualität wir unsere Dienstleistungen anbieten, standen dabei nicht immer im Vordergrund. Von daher war es schon hilfreich, dass eine Konkurrenz entstanden ist, um den eigenen Blick für unser Handeln zu schärfen. Fatal war es dann jedoch, dass die notwendige Veränderung teilweise in einen radikalen Marktliberalismus umgeschlagen ist. Die Gefahren einer Lohnspirale nach unten hat Jens Schubert soeben beschrieben. Da haben wir jetzt glücklicherweise zumindest in der Pflege einen Riegel verschieben können.

Stichwort Tarifvertrag Soziales in der Pflege. Sie sind beide vehemente Verfechter davon. Was ist genau gemeint? Warum ist ein solches Konstrukt so wichtig?

SCHUBERT Wir brauchen Mindestentgelte im System, damit wir zwei Sachen bewerkstelligen können. Zum Ersten: Ganz viele Menschen meiden den Weg in die Altenpflege, obwohl sie diesen Beruf sehr gerne ausüben würden, weil die Entlohnung schlecht ist. Zum Zweiten: Wir kennen Kolleg*innen vor Ort, die mit 50 sagen: Bis zur Rente schaffe ich das körperlich oder psychisch nicht.

Letztlich entsteht ein massiver Fachkräftemangel. In diesem Zusammenhang können wir auch nicht dauerhaft den Weg weitergehen, dringend benötigte Fachkräfte durch Pflegehilfskräfte oder ungelernete Kräfte zu ersetzen. Kurzum: Das Thema Akquise von Beschäftigten in der Pflege ist wichtig.

Ebenso müssen Lohn- und Sozialdumping ausgeschlossen werden. Um einen Wettbewerb über schlechte Löhne auszuschalten, muss es einen Tarifvertrag mit einem Mindestentgelt geben, der sich auf alle Arbeitsverhältnisse erstreckt. Besser kann man natürlich immer entlohnen, aber ein Mindestentgelt ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Wettbewerbsgleichheit. In diesem Zusammenhang dürfen sich zugleich die Eigenanteile für die Betroffenen nicht erhöhen. So will es jetzt auch der Gesetzgeber. Dies bedeutet aber: Es muss mehr Geld ins System. Das geht nur über zwei Wege: Beitragserhöhung oder steuerliche Mittel. Dies sollte man ehrlicher Weise sagen. Aber Pflege muss uns das wert sein.

Herr Stadler, wie ist Ihr Eindruck: Hat seitens der politisch Verantwortlichen ein Umdenken stattgefunden? Existiert die Bereitschaft, auch Geld in die Hand zu nehmen, um die beschriebenen Ziele zu erreichen?

STADLER Es ist auf jeden Fall so, dass sich unter den politisch Verantwortlichen das Meinungsbild erkennbar verändert hat. 2012 wurden ja schon interne Gespräche geführt. Dort trafen wir einzelne Personen in den Bundestagsfraktionen, die für das Thema offen waren und gesagt haben: Ihr seid auf dem richtigen Weg, aber es ist politisch leider nicht durchsetzbar.

Eine deutliche Änderung hat es mit dem Koalitionsvertrag der amtierenden Bundesregierung gegeben. Dort wurden erstmalig jene Forderungen aufgenommen, für die wir seit Jahren plädiert hatten. Steter Tropfen höhlt den Stein. Dieses Sprichwort passt hier tatsächlich genau. Man musste ganz hartnäckig bleiben; man musste immer wieder nachhaken und man musste in einem intensiven Netzwerk zusammenarbeiten. Das war letztlich der erfolgreiche Weg.

Die Politik hat sich inzwischen so festgelegt und gesetzliche Rahmen geschaffen, damit diese Regelungen umgesetzt werden können. Es wird über kurz oder lang auch zu weiteren finanziellen Lösungen kommen, da bin ich optimistisch. Diejenigen, die den Hut aufhaben für das Thema, äußern sich eindeutig positiv; sie sagen und wissen, dass sie Geld in die Hand nehmen müssen.



Blick in die Zukunft

Welche Themen, welche Vorhaben sind für die AWO jetzt und in Zukunft von zentraler Bedeutung?

SCHUBERT Für mich geht es einmal um das Thema Lastenverteilung. Sprich: Wer etwa trägt die Lasten, wenn wir feststellen, dass Corona nachhaltig die Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen hat? Wie werden diese Lasten sozial gerecht verteilt? Ebenso stellt sich diese Frage mit Blick auf die sozialen Folgen ökologischer Veränderungen. Klar ist: Lastenausgleich auf den Rücken der Schwächsten darf es nicht geben. Wir erwarten daher von der Politik, dass entsprechende Prioritäten gesetzt werden.

Die AWO wird zudem weiterhin für eine Kindergrundsicherung eintreten, damit es Kinderarmut in einem solch reichen Land wie Deutschland weniger geben kann. Erziehung und Bildung im besten Sinne ist ein weiteres wichtiges Thema. Wir haben Einrichtungen, die vor allem deshalb geschätzt werden, weil Kinder und Jugendliche dort im besten Sinne erzogen werden und verstehen lernen, wie unser Gemeinwesen funktioniert. In diesem Zusammenhang passt auch das Stichwort Beratung: Viele Menschen kommen in Krisen zu uns in unsere Beratungsstellen. Klar muss

sein: Nicht nur in Krisenphasen, sondern auch in ganz normalen Lebensabschnitten ist und bleibt die AWO eine verlässliche Ansprechpartnerin. Es gibt zweifellos weitere wichtige Themen. Aber jenseits dessen geht es auch darum, erstens den Verband insgesamt stark zu halten. Hierfür ist trockenes Handwerk und echte Vereinsarbeit gefragt. Zum Zweiten geht es darum, Mitstreitende einzubinden. Es gibt Verbündete in der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, mit denen wir versuchen wollen, die ganz großen Themen anzugehen. Da sind die Interessen nicht immer gleich, natürlich nicht. Aber die Grundwerte sind gleich.

STADLER Aufgrund des Erfolges in Sachen ›Tarif in der Pflege‹ haben wir uns sehr stark auf die Pflege konzentriert. Von nicht minder großer Bedeutung sind die Arbeitsbedingungen und die Ausstattung in den Kindertageseinrichtungen. Nimmt man die Grundwerte der Arbeiterwohlfahrt ernst und überlegt, wo diese tagtäglich vorgelebt und erlernt werden können, dann fallen einem natürlich als Erstes diese Einrichtungen ein. Denn: Immer mehr Kinder besuchen immer früher diese Einrichtungen. Von daher spielen sie eine sehr wichtige Rolle und sind für die Kinder auch ausgesprochen prägend. Werden Kinder hier etwa mit Blick auf Sprachvermögen oder Umgang mit anderen Kindern oder eigene Verhaltensweisen nicht richtig gefördert, sind diese Versäumnisse später nur schwer wiedergutzumachen. Man muss sich daher endlich und noch intensiver um das Thema Qualität und Ausstattung – personelle Ausstattung wie räumliche – in Kindertageseinrichtungen kümmern. Die Unterschiede zwischen



STADLER Jens Schubert sprach vorhin von Gesichtern der AWO. Wenn ich auf meine langen Jahre bei der und mit der AWO so zurückblicke, habe ich ganz viele Gesichter und Typen vor Ort kennengelernt, die sich wie selbstverständlich engagieren, ohne ein großes Aufheben darum zu machen. Das sind zum Beispiel jene Frauen und Männer in den Ortsvereinen, die dort die Altentreffs aufbauen und sich jede Woche darum kümmern, dass die Menschen sich dort wohlfühlen; dass sie dort Kulturangebote erhalten; dass sie auf Reisen gehen können. Es sind aber auch jene Frauen und Männer in den Kreisverbänden, die sich um funktionierende ehrenamtliche Strukturen kümmern oder mit den Jugendämtern vor Ort verhandeln, ob vielleicht eine neue Kita aufgebaut werden sollte oder nicht; oder jene Hauptamtlichen – von der Küchenkraft bis zur Leitung einer Einrichtung –, die ich wahnsinnig engagiert erlebt habe. Oder auf der Bezirks- und Bundesebene die vielen Ehrenamtlichen, die sich intensiv um die Steuerung und Weiterentwicklung des Verbandes kümmern. Oder nehmen Sie unseren derzeitigen Präsidenten Wilhelm Schmidt, der fast die gesamte freie Zeit dafür einsetzt, um für die Arbeiterwohlfahrt tätig zu sein.

Bei der AWO trifft sich tatsächlich eine Vielfalt an Menschen, die die gleichen Werte leben, die sehr ähnliche Interessenslagen haben, die oft identische Zielsetzungen verfolgen und dann auf unterschiedlichen Ebenen ihren Beitrag dazu leisten. Leider gab es in den letzten Jahren vor allem in Hessen und Thüringen unrühmliche Ausnahmen, die einen deshalb so fassungslos machen, weil die Gier Einzelner die Arbeit unzähliger Menschen in der AWO völlig zu Unrecht in ein schlechtes Licht rückt. Glücklicherweise – und auch hier zeigt sich die Kraft der AWO – wird alles rigoros aufgeklärt und sind neue verbindliche Regelungen getroffen worden, die ein solches Verhalten künftig verhindern helfen sollen. ❤️

»Jens Schubert sprach vorhin von Gesichtern der AWO. Wenn ich auf meine langen Jahre bei der und mit der AWO so zurückblicke, habe ich ganz viele Gesichter und Typen vor Ort kennengelernt, die sich wie selbstverständlich engagieren, ohne ein großes Aufheben darum zu machen.«

Wolfgang Stadler

den Bundesländern sind an manchen Punkten wirklich extrem; und die Möglichkeiten der Einrichtungen sind auch sehr unterschiedlich. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass man sich viele zukünftige Problemlagen ersparen kann, wenn man in den Kindertagesstättenbereich genügend investiert. Hier sind Bund, Länder und Kommunen mehr denn je gefordert.

Abschließend: Warum ist es gut, dass es die AWO gibt, und warum ist ihre Arbeit unterstützenswert?

SCHUBERT Die AWO ist deshalb so wichtig, weil sie trotz ihrer Größe und ihrer langen Tradition frisch und beweglich ist. Ganz selbstverständlich werden mit hohem Engagement gegenwärtige soziale Fragen der Migration, soziale Fragen der Digitalisierung oder soziale Fragen von europäischer Integration, teilweise in uns nahestehenden Stiftungen auch wissenschaftlich, angepackt. Die AWO ist traditionell und gleichzeitig super modern. Und das Ganze nicht nur theoretisch und politisch, sondern ganz konkret in den vielen Einrichtungen der AWO. Kurzum: Ohne die AWO wäre der Sozialstaat in Deutschland ärmer.

Solidarität erhalten

Für Heft 4-2011 verfasste Axel Honneth diese Außenansicht. Sie hat an Aktualität nichts eingebüßt. Wir freuen uns daher, den Text erneut abdrucken zu können.

AUTOR AXEL HONNETH

Der Zusammenhalt einer Gesellschaft lebt von der Fähigkeit ihrer Bürgerinnen und Bürger, den grundlegenden Regelungen des sozialen Verkehrs zustimmen zu können; einige Autoren der politischen Philosophie haben dies den »impliziten« Gesellschaftsvertrag genannt, um damit zu betonen, dass die normative Stabilität eines Gemeinwesens von der stillschweigenden Übereinkunft aller ihrer Mitglieder über die Legitimität und Wünschbarkeit der gegebenen Sozialverhältnisse abhängig ist. Nun ist aber diese Zustimmungsfähigkeit ihrerseits abhängig von den Erwartungen, die die Mitglieder von sich aus an die gesellschaftliche Ordnung herantragen; solche Erwartungshaltungen sind im historischen Prozess stets angewachsen, weil dank sozialer Kämpfe immer anspruchsvollere Normen und Werte sozial institutionalisiert wurden, die wie Versprechungen einer wohlgeordneten Gesellschaft wirken: Während etwa in feudalen Zeiten persönliche Abhängigkeiten in der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation noch wie selbstverständlich hingenommen wurden und damit einen Bestandteil des impliziten Gesellschaftsvertrags bildeten, hat sich das mit den großen, moralischen Durchbrüchen zur Moderne insofern geändert, als nun jedes Gesellschaftsmitglied zumindest ideell als frei gedacht werden musste.

Heute kann für unsere Gesellschaften im kapitalistischen Westen ganz allgemein gelten, dass sich die normative Idee der individuellen Freiheit in allen zentralen Sozialsphären weit genug durchgesetzt hat, um die allgemeine Voraussetzung für die Zustimmungsfähigkeit zur gesellschaftlichen Ordnung zu bilden; der implizite Gesellschaftsvertrag, an dessen Erfüllung



AXEL HONNETH

Prof. Dr. Axel Honneth lehrt seit Ende 2017 an der Columbia University in New York. Zuvor war er Direktor des Instituts für Sozialforschung und Professor für Sozialphilosophie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

➔ ah2952@columbia.edu

die Solidarität der Gesellschaftsmitglieder untereinander gebunden ist, bemisst sich daran, ob das Versprechen der individuellen Freiheit in den Bereichen des privaten Lebens, der Arbeitsorganisation und der politischen Willensbildung eingelöst ist. Natürlich sind es immer andere Gestalten der Freiheit, die in den jeweiligen Sphären institutionell versprochen werden – in der Liebe oder in der Familie etwa die Ungezwungenheit in der wechselseitigen Bedürfnisbefriedigung, in der Arbeitsorganisation die Freiheit im wechselseitigen Austausch von Leistungen, in der politischen Sphäre die ungezwungene Teilnahme an der politisch folgenreichen Willensbildung; aber als allgemein gesichert dürfte doch gelten, dass mit einer individuellen Zustimmung zur gesellschaftlichen Ordnung und damit einem solidarischen Zusammenhang aller Mitglieder untereinander heute umso eher zu rechnen ist, je stärker jene Freiheitsversprechungen für den Einzelnen dank gesellschaftlich-politischer Regelungen erfüllt sind. Davon sind wir aber gegenwärtig sehr weit entfernt: Weder im wirtschaftlichen Marktverkehr noch im Bereich der politischen Willensbildung kann ein großer Teil der Bevölkerung auch nur darauf hoffen, ihre je individuellen Freiheiten zu verwirklichen oder auch nur in den eigenen Belangen Gehör zu finden.

Wer heute von der Notwendigkeit gesellschaftlicher Solidarität spricht, sollte sich daher zunächst klar machen, dass dazu die Einrichtung gesellschaftlicher Verhältnisse erforderlich wäre, denen jeder Einzelne ohne Zwang und Angst zuzustimmen vermag: Die normative Einhegung des kapitalistischen Marktes und die Revitalisierung demokratischer Einflussnahme wäre das Mindeste, was gegeben sein müsste, um legitim die Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger erwarten zu können. ❤️

IM NÄCHSTEN HEFT

Corona. Der soziale Blick auf die Pandemie.

Was getan werden muss, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu gefährden.

